

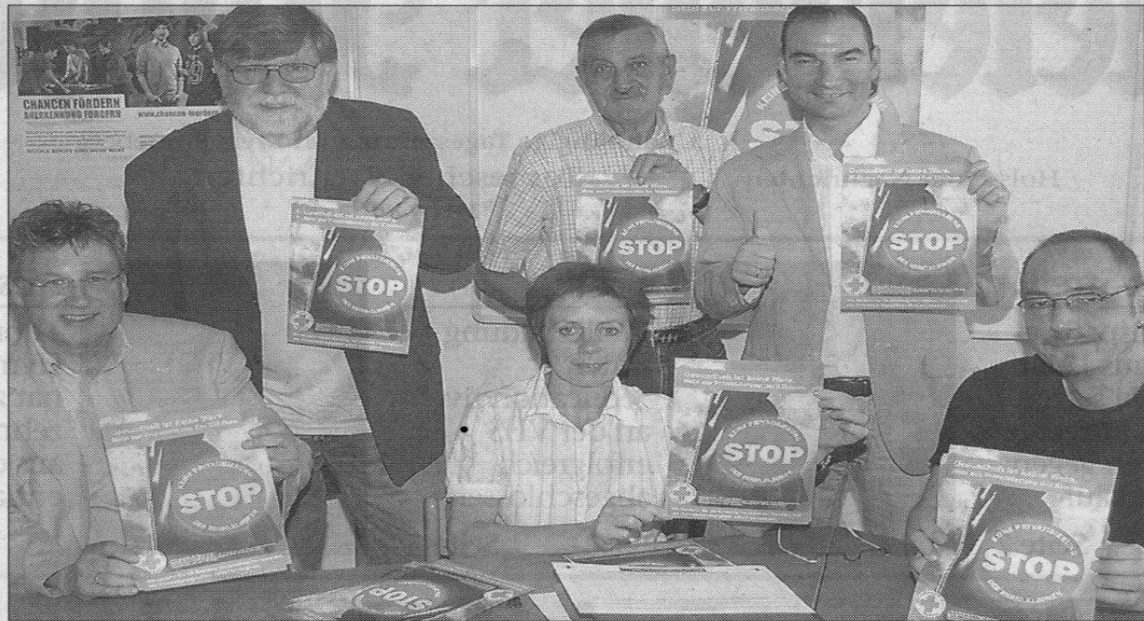


Klinik-Streit

Bündnispartner um Claus-Peter Matetzki setzen auf ein Bürgerbegehren gegen den Verkauf

Seite 2

KREIS PINNEBERG



Der Countdown läuft. Sie müssen 25000 Unterschriften in vier Wochen sammeln: Peter Hölzel (Bündnis 90/Die Grünen), Hans-Helmut Birke (SPD), Herta Laages (Verdi, Aufsichtsrat Regio-Kliniken), Rolf Tschochner (Wählergemeinschaft Elmshorn), Steffen Kühhirt (Verdi, Aufsichtsrat Regio-Kliniken) und Claus-Peter Matetzki (Die Linke, von links).
Foto: Ellersiek

Regio-Kliniken: Nun ist der Bürger dran

Bündnis sammelt Unterschriften gegen Privatisierung

Das Aktionsbündnis „Pro Regio-Kliniken“ will in den nächsten vier Wochen im Rahmen eines Bürgerbegehrens 25 000 Unterschriften gegen die Privatisierung der Kliniken sammeln.

Von Claudia Ellersiek

Elmshorn/Pinneberg. In der Frage der Zukunft der Regio-Kliniken ist das Misstrauen gegenüber Landrat und CDU/FDP groß. Jetzt will ein Aktionsbündnis aus Parteien und Dienstleistungsgewerkschaft Verdi per Bürgerbegehren die Privatisierung des Unternehmens verhindern.

Gerade mal vier Wochen Zeit haben die Kooperationspartner, um etwa 25000 Unterschriften zu sammeln. Diese

Zahl entspricht etwa zehn Prozent der Wahlberechtigten im Kreis Pinneberg. Lässt das Innenministerium anschließend den Bürgerentscheid zu, könnten die Bürger im Kreis möglicherweise während der Bundestagswahl auch über die Zukunft der Kliniken abstimmen.

„Anders als ein Bürgerentscheid auf Landesebene wie in Hamburg ist ein Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene für die Politik bindend“, sagte Claus-Peter Matetzki, Fraktionschef der Linken.

Schon nach den ersten Tagen zeichnet sich offenbar ein reges Interesse an dem Bürgerbegehren ab, obwohl das Aktionsbündnis die Unterschriftenlisten vor allem im privaten Rahmen gestreut hat, Straßensammlungen bislang jedoch noch nicht durchgeführt wurden. „Das Bürgerbegehren lebt davon, dass jeder Eigeninitiati-

ve entwickelt“, sagte Verdi-Landesfachbereichsleiter Steffen Kühhirt.

Kühhirt appellierte vor Journalisten gestern an die Fraktionen von CDU und FDP, das Privatisierungsverfahren während des Bürgerbegehrens zunächst auszusetzen. „Eine Entscheidung darüber, wer den Zuschlag für die Regio-Kliniken bekommt, muss vertagt werden. Das ist mein Verständnis von Demokratie“, sagte er.

Aufschiebende Wirkung hat ein Bürgerbegehren allerdings nicht, anders als der Bürgerentscheid. Dennoch sieht Claus-Peter Matetzki den Kreis nun in einer Zwickmühle. Schließe er jetzt einen Vertrag mit einem Investor, entbehre der unter Umständen nach einem Bürgerentscheid der Grundlage, so der Linkspolitiker. Damit sei er unter falschen Voraussetzungen geschlossen worden.